

Bürgerinitiative »Kein Industriegebiet zwischen Wiedemar – Brehna – Delitzsch«

15.05.2023

Fahrraddemo um geplantes IVG – 11,9 km Radeln gegen gigantischen Flächenfraß!

(Am Muttertag für „Mutter Erde“)

Die Bürgerinitiative „Kein Industriegebiet zwischen Wiedemar-Brehna-Delitzsch“ ist am vergangenen Sonntag, im Rahmen einer Fahrrad-Demo, ein Mal rund um das geplante *Industrievorsorgegebiet Wiedemar (IVG)* gefahren.

Eine Verpflegungspause gab es an der Mühle in Kyhna bei Familie Wernicke, welche sich ebenfalls für **Landleben statt Industriegebiet** ausspricht, dem Leitspruch der BI. Mit der Fahrraddemo wollte man zeigen, wie riesig das geplante IVG werden soll.

160 Teilnehmer radelten gegen die vom Freistaat angeschobene Planung der Großansiedlung von Industrie. Zuletzt wurde im Zuge dessen die plötzliche Ernennung des Landesbeauftragten für Großansiedlungen, Dirk Diedrichs, durch den sächsischen Ministerpräsidenten bekanntgegeben.

Michael Berger, Mitglied der Initiative und Anmelder der Demonstration, reagiert zum Thema:

„Große Ansiedlung - große Auswirkungen! 4.100.000 Quadratmeter betoniertes Ackerland haben gravierende Konsequenzen für unsere Umwelt, das Klima und auch auf die Lebensräume seltener Feld- und Wiesentiere sowie zahlreicher Vogelarten. Ertragreiche Böden und landwirtschaftliche Flächen sollen versiegelt werden und unsere Kulturlandschaft würde verschwinden – das wäre eine Schande“!

Diese Meinung spiegelt sich auch im kürzlich ausgewerteten Fragebogen^[1] der Gemeinde wider, in welchem **60-67%** aller an der Befragung teilnehmenden Personen angaben, dass **gegen** ein Industriegebiet und die spätere Ansiedlung von Technologieunternehmen vor allem

- * die Bodenversiegelung spricht,
- * sich zusätzlich der ländliche Charakter der Gemeinde grundlegend ändert sowie
- * landwirtschaftliche Fläche verloren geht und
- * dass vor allem Wiedemar die Nachteile, wie Verkehrsbelastung und höhere Miet- und Grundstückskosten spüren würde.

Mit den Ergebnissen, welche man aber noch genauer betrachten wird, ist die Bürgerinitiative auf den ersten Blick sehr zufrieden. Aufgabe sei es nun, den Wiedemarer Gemeinderat an seine Planungshoheit zu erinnern und ihm bewusst zu machen, dass Dritte drohen über das Vorhaben zu entscheiden. Der Protest wachse stetig weiter an, die *Landesdirektion Sachsen* erteilte Anfang des Monats sogar die Maßgabe, dass „ausschließlich großflächige Industrieansiedlungen zulässig“^[2] seien. Und im Fragebogen erkenne man schon jetzt die bedeutungsvolle Rolle der Landwirtschaft. Luisa Gruber, Sprecherin der Initiative, äußert hierzu:

„Wenn man es mit der Bürgerbeteiligung wirklich ernst meint, dann hat man nun, neben den zahlreichen bekannten Gegenargumenten, noch weitere Gründe, der Rolle als Bürgervertreter entsprechend, zu reagieren. Im Dezember letztes Jahr wurde ein Entschluss gefasst, dass der Rat zur gegebenen Zeit über einen Bürgerentscheid beschließen möchte. Also ein Entschluss für einen Entschluss. Der Gemeinderat sollte aber schon jetzt die Augen öffnen und kann das Projekt abwenden, denn: Welche Signale der Bürgerinnen und Bürger braucht es eigentlich noch?“

Am 25.06.2023 soll seitens des Freistaats eine Informationsveranstaltung zum IVG stattfinden; hierfür bereite man sich entsprechend vor. Die Bürgerinitiative plant in den kommenden Wochen und Monaten ebenso mehrere Aktionen.

Weitere Termine, z.B. friedliche Demonstrationen und Bürgerdialoge, werden auf der Internetseite der Bürgerinitiative www.keinindustriegebiet.de veröffentlicht. Auch per Mail (kontakt@keinindustriegebiet.de) oder unter der Telefonnummer 0157-33312014 (Mo-Fr 18-19 Uhr) können Sie Kontakt mit der BI aufnehmen.

^[1] vgl. https://gemeinde-wiedemar.mein-intra.net/data/file/councilservice/7/Ergebnisse_der_Buergerbefragung_Gemeinde_Wiedemar.pdf

^[2] vgl. <https://medienservice.sachsen.de/medien/news/1066105>